

Klage angedroht

Kritik an Kurs der Stadt bei Rechenzentren

Das Frankfurter Stadtparlament wird wohl kommende Woche den Magistrat mit großer Mehrheit mit der Aufstellung eines neuen Bebauungsplans für ein Quartier östlich der Eschborner Landstraße in Rödelheim beauftragen. Ziel ist es unter anderem, die Ansiedlung von Rechenzentren zu beschränken, um andere Gewerbebetriebe vor Verdrängung zu schützen.

Ein Unternehmen, das an der Eschborner Landstraße zwei Rechenzentren betreibt und nun ein weiteres schaffen will, droht bereits mit einer Normenkontrollklage. Es kritisiert, nur noch auf einem Teil seines Grundstücks solle entsprechend gebaut werden dürfen. Die Stadt müsse wirtschaftliche Belange stärker berücksichtigen, forderte der Geschäftsführer der Gesellschaft Carrierhaus, Jens Leuchters, im Planungsausschuss. Für das Unternehmen wäre es „ein wahnsinniges Problem“, wenn es das Projekt nicht umsetzen könne. Denn dann könnten Kunden abwandern, sagte Leuchters. Er wies auch auf eine Resolution von Hochschulen und Wirtschaftskammern für einen liberaleren Kurs der Stadt bei Rechenzentren hin.

Planungsdezernent Marcus Gwechenberger (SPD) sagte, der Stadt gehe es um diversifizierte Wirtschaftsstrukturen. Nach ihrem Rechenzentrenkonzept seien 75 Hektar Fläche für Data Center möglich. Frank Nagel (CDU) und Mathias Pfeiffer (BFF) rieten, zu überdenken, ob nicht Rechenzentren auf dem gesamten Grundstück in Rödelheim zulässig sein könnten.